

**Nutzen die Hersteller und der Handel die Preisumstellung von D-Mark auf Euro für Preiserhöhungen aus, oder sind andere Gründe für die Preissteigerungen verantwortlich?**

## Trotz Preiserhöhungen gibt es stabilisierende Wirkungen

Die Frage, ob die Einführung des Euro bargeldes die neue europäische Währung stabilisieren kann, reißt die alten Fronten zwischen Eurogegnern und Eurobefürwortern wieder auf. Auf der einen Seite stehen die, die sich eindeutig stabilisierende Wirkungen erwarten, weil die Einführung des Euro bargeldes die Währung erlebbar macht und die Transparenz der Preise in Europa den Wettbewerb stärkt und damit Druck auf die Verbraucherpreise ausübt. Auf der anderen Seite stehen die Kritiker des Euro, die auf den schwachen Wechselkurs des Euro und Preissteigerungen im Zusammenhang mit der Euro bargeld-Einführung verweisen und nun endlich eine Chance sehen, dass sich ihre Prognose einer mit dem Euro steigenden Inflation bewahrheitet.

Wer hat Recht? Von der simplen Logik und von der neoklassischen Theorie her gesehen scheint die Antwort klar: Die Einführung des Euro bargeldes kann die neue europäische Währung weder stabilisieren noch destabilisieren. Sie ist neutral. So wie sich durch die Umstellung von Meilen auf Kilometer keine Entfernungen ändern, so ändert sich auch am Geldwert nichts, wenn die nationalen Währungen in Europa auf Euro umgestellt werden.

Im Übrigen ist der Euro bereits die Währung in Europa, die nationalen Währungen sind lediglich der sichtbare Gegenwert des Euro. Mit der Einführung des Euro bargeldes wird nur noch der letzte Schritt eines Prozesses vollzogen, der bereits vor zweieinhalb Jahren wirtschaftlich wirksam geworden ist. Seitdem verbergen sich hinter den D-Mark- und Lire-Banknoten in Realität Euro-Banknoten, und die Geldpolitik wird nicht mehr durch die Bundesbank oder die Banca d'Italia, sondern durch die Europäische Zentralbank formuliert. An den Finanzmärkten ist der Euro seit dem 1. Januar 1999 tat-

sächlichliches Transaktionsmittel. Aktien und Wertpapiere und natürlich auch Devisen werden in Euro gepreist und gehandelt, bei allen unbaren Zahlungen innerhalb des Kreditgewerbes werden heute schon Euro genutzt. Die einzelnen europäischen Währungen werden an den Devisenmärkten nicht mehr gehandelt.

Zum gleichen Ergebnis kommt die neoklassische Theorie, nach der sich die Wirtschaftssubjekte bei ihren wirtschaftlichen Entscheidungen nicht an nominalen, sondern an realen Größen orientieren. Halbieren sich alle Preise und Löhne in einer Volkswirtschaft, ist keines der Güter »billiger« und niemand reicher geworden. Folglich wird weder mehr konsumiert oder investiert, noch mehr gespart. Auch an den Devisenmärkten ändern sich Angebot und Nachfrage nicht. Die Wirtschaftssubjekte sehen einfach durch den Geldwert hindurch auf den realen Wert der Güter, sie sind frei von Geldillusion. Warum soll also der Austausch von buntbedrucktem Papier und Metallstücken Anfang kommenden Jahres daran etwas ändern?

## Auswirkungen auf Geldmenge und Preisstabilität

Soweit Logik und Theorie. In der Praxis ist es leider etwas komplizierter. Die Einführung des Euro bargeldes hat sehr wohl Auswirkungen auf Geldmenge, Preise, Konjunktur und Wechselkurse und damit auf die Stabilität in Euroland.

Am einfachsten ist die Sache bei der Geldmenge. An sich müsste man erwarten, dass sich die Geldmenge während der Zeit des Austauschs von Noten und Münzen der nationalen Währungen in den Euro ausweitet. Wir wissen, dass zum Beispiel der Handel für die Zeit des Umtauschs bis zu zehn bzw. fünfzehn Mal mehr Bargeld ge-



Martin Hüfner\*

\* Dr. Martin Hüfner ist Chefvolkswirt der HVB Gruppe.

ordert hat als normal. Auch die Banken brauchen erheblich mehr Bargeldbestände.

Beides wird sich aber nicht stärker auf die gesamte Geldmenge auswirken. Erstens macht das Bargeld nur 6% der gesamten Geldmenge M3 aus (also der Geldmenge, die der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zugrunde liegt). Selbst eine starke Ausweitung des Bargeldes wird M3 also nur marginal tangieren. Zweitens zeigen alle Umfragen, dass ein Großteil des Bargeldumtauschs voraussichtlich bereits in der ersten Woche des neuen Jahres vollzogen sein wird. Nach zwei Wochen, so die derzeitigen Erwartungen, wird der Umtausch praktisch beendet sein. Die Geldmenge wird also nur in ganz kurzer Zeit betroffen. Drittens wirkt sich positiv aus, dass die Eurobargeld-Einführung in den einzelnen europäischen Ländern zeitversetzt stattfindet, so dass der Umtausch in Deutschland bereits abgeschlossen ist, wenn er in den Niederlanden oder in Frankreich erst richtig einsetzt. Wenn die Geldmenge in Deutschland steigt, liegt sie in den anderen Ländern noch auf Normalniveau, und wenn sie sich in diesen Ländern erhöht, bildet sie sich in Deutschland schon wieder zurück. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Bargeldbestände bei den Kreditinstituten, die insgesamt um 100 Mrd. Euro aufgestockt werden, nicht zur Geldmenge M3 zählen. Bei der Geldmenge also Fehlanzeige.

Schwieriger und für die Stabilität der neuen europäischen Währung wichtiger sind die Effekte der Eurobargeld-Einführung auf das Preisniveau. Jeder weiß aus eigener Erfahrung, dass in den letzten Monaten Preise in Deutschland im Hinblick auf die bevorstehende Einführung des Euro-Bargeldes angehoben wurden. Warum geschah das, vor allem warum geschah das schon jetzt?

Entscheidend dafür ist ein relativ unwichtiger Grund, nämlich der »krumme« Umrechnungsfaktor von 1,95583 D-Mark je Euro. Ursprünglich waren die Deutschen glücklich, dass die Umrechnung von D-Mark in Euro vergleichsweise einfach ist, jedenfalls viel einfacher als die Umrechnung beispielsweise des französischen Franc oder der spanischen Pesete. Jetzt zeigt sich aber ein Pferdefuß dieser einfachen Umrechnung. Denn der Verbraucher rechnet die DM-Preise ganz einfach in Euro um, indem er die Preise durch 2 dividiert. Tatsächlich müsste er aber nicht nur durch 2 dividieren, sondern noch einmal etwas mehr als 2% zu dieser Summe hinzuaddieren. Ein Preis von 1,99 DM ergibt also nicht einen Preis von 0,99 Euro, sondern von 1,02 Euro. Ein solcher Preis von 1,02 Euro ist in der Praxis kaum durchzusetzen; es ist zu erwarten, dass dieser Preis auf 0,99 Euro »abgerundet« wird.

Der Handel muss also befürchten, dass er bei der korrekten Umrechnung der DM-Preise in Euro am Schluss eine Einbuße bei der Marge hinnehmen muss. Eine solche Ein-

buße erscheint angesichts der bereits niedrigen Margen schwer hinnehmbar. Hinzu kommt, dass der Handel aufgrund der mit dem Euro steigenden Transparenz der Preise und des in Europa wachsenden Wettbewerbs ohnehin mit tendenziell sinkenden Überwälzungsspielräumen rechnen muss.

Die Folge: Vorausschauende Unternehmen haben bereits frühzeitig die Preise erhöht, um später in der Lage zu sein, die DM-Preise tatsächlich in Euro »abzurunden«. Bei dieser Politik kommt ihnen zugute, dass es im bisherigen Verlauf des Jahres angesichts der steigenden Benzinpreise und der zunehmenden Preise für Nahrungsmittel aufgrund von BSE und MKS bei den Verbrauchern Preissteigerungserwartungen gab und die Euro-bedingten Preisanhebungen daher nicht so auffielen.

Diese Preispolitik wurde und wird vor allem bei den sog. Schwellenpreisen im Lebensmittel- und Drogerie-Einzelhandel sowie bei Dienstleistungen praktiziert. Ein Beispiel: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2000 war nach den Erhebungen der Gesellschaft für Konsumforschung in Nürnberg der häufigste Preis für ein halbes Pfund Butter 1,69 DM. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres lag dieser Preis bei 1,89 DM, wobei hier sicher auch BSE und MKS eine Rolle spielten. Der Preis von 1,69 DM entspricht einem Euro-Preis von 0,86, was in der Praxis auf 0,85 abgerundet würde. Das wäre eine Margeneinbuße von 1,1%. Der Preis von 1,89 DM entspricht 0,97 Euro, was in der Praxis auf 0,95 Euro, also 2,1% weniger, abgerundet würde. Rechnet man aber Preiserhöhungen im Vorfeld und Abrundungen am Ende zusammen, ergibt sich ein Preisanstieg von 1,69 DM auf 0,95 Euro, das sind 12%. Selbst wenn der Butterpreis von 1,89 DM nicht auf 0,95 Euro, sondern auf 0,89 Euro umgerechnet würde, ergibt sich immer noch ein Preisanstieg von per Saldo knapp 3%.

Ähnliches kann man bei vielen Dienstleistungen feststellen. Der Friseur beispielsweise erhöht seine Preise von 28 auf 29,50 DM (+ 5,4%) und rundet den sich ergebenden Euro-Preis von 15,08 auf 15 Euro ab. Insgesamt ergibt sich damit immer noch eine Preissteigerung von 4,8%. Die Tasse Cappuccino kostet heute bereits 5,09 DM und nicht mehr 4,80 DM. Bei einem neuen Euro-Preis von 2,60 Euro entspricht dies einem Preisanstieg von 3,8%.

All diese Beispiele gelten freilich nur für Güter und Dienste mit relativ niedrigem Preis. Je teurer ein Gut, umso schwieriger werden solche Preiserhöhungen für den Verkäufer. Zudem sind diese Preiserhöhungen nur möglich bei Gütern, die nicht international handelbar sind.

Interessant ist, dass die öffentliche Hand entgegen allen Erwartungen offenbar die Einführung der Euro-Noten und -Münzen nicht zu generellen Preiserhöhungen nutzt. Steu-

ern beispielsweise werden zugunsten der Steuerzahler abgerechnet. Ein Personalausweis wird ab 1. Januar 2002 7,50 Euro kosten verglichen mit bisher 15 DM (- 2,3%). Der Eintritt in den Münchner Zoo wird von heute 12 DM auf 6 Euro gerundet (- 2,2%). In Paris wird die Fahrt mit der Metro von derzeit 8,50 FF auf 1,30 Euro umgerechnet, was einer Erhöhung um 0,3% entspricht.

Was ergibt sich aus all dem? Wir sind nach umfangreichen Recherchen der Preise in der Bundesrepublik zu folgenden sehr groben Schätzungen gekommen:

1. Die Preise in Deutschland werden sich allein aufgrund der Euro bargeld-Einführung im Vorfeld der Umstellung auf die Noten und Münzen insgesamt um rund einen halben Prozentpunkt erhöhen.
2. Der Großteil dieser Preisanpassungen hat bereits im zweiten Quartal dieses Jahres stattgefunden, liegt damit hinter uns. Die Unternehmen waren in ihrer Preispolitik also so vorausschauend, dass sie sich bereits frühzeitig und zu einer Zeit, in der Preiserhöhungen relativ einfach am Markt durchzusetzen waren, auf die neuen Verhältnisse eingestellt haben. In dieser Periode dürfte das Preisniveau in Deutschland aus diesem Grunde um etwa 0,3 Prozentpunkte gestiegen sein. Die Euro bargeld-Einführung erklärt damit ungefähr ein Zehntel des gesamtwirtschaftlichen Preisanstiegs und war für die Geldentwertung in etwa so wichtig wie die Benzinpreiserhöhung.
3. Je näher der Zeitpunkt der Euro bargeld-Einführung rückt, umso mehr sind die Konsumenten im Hinblick auf Euro bedingte Preiserhöhungen sensibilisiert und umso schwieriger wird es, sie am Markt durchzusetzen. Es ist daher zu vermuten, dass die Euro bedingten Preissteigerungen im dritten und vierten Quartal dieses Jahres deutlich niedriger sein werden. Wir gehen davon aus, dass sie im dritten Quartal noch einmal 0,2% betragen, im vierten Quartal 0,1%.
4. Zu Beginn des kommenden Jahres, wenn das Euro bargeld tatsächlich kommt, wird es dann die große Überraschung geben. Dann werden die Preise nicht mehr angehoben, sondern sie werden deutlich sinken, weil dann die Händler tatsächlich auf den nächsten Euro-Schwellenpreis abrunden werden. Wir gehen davon aus, dass das Preisniveau Euro bedingt im ersten und zweiten Quartal jeweils um 0,2 Prozentpunkte sinken wird. Das ist dann sicher eine gute Nachricht für den Verbraucher.
5. Insgesamt gesehen wird das Preisniveau nach Ende der Anpassungszeit nicht viel höher sein, als es ohne die Euro bargeld-Einführung gewesen wäre. Voraussetzung ist freilich, dass die Geldpolitik die Geldmenge entsprechend knapp hält und damit keine zusätzlichen Preiserhöhungen finanzierbar sind, dass die Lohnpolitik vorübergehende Preissteigerungen nicht als Grund für neue Lohnerhöhungen benutzt und dass die Regierung die Verbraucher durch moral suasion und Wettbewerbspolitik

hinreichend sensibilisiert, keine übermäßigen Preissteigerungen zu akzeptieren.

### Auswirkungen auf Konjunktur und Wechselkurs

Die Euro bargeld-Einführung wirkt sich auch auf Konjunktur und Wechselkurse aus. Bei der Konjunktur gibt es drei Effekte:

Zum einen werden Verbraucher im Vorgriff auf die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Bargeldeinführung Vorratskäufe tätigen. Das war auch schon vor zwei Jahren bei der Millenniumsumstellung zu beobachten. Diesmal könnte es auch sein, dass Schwarzgeld durch zusätzliche Einkäufe »gewaschen« wird.

Zum anderen bedeutet die Umstellung auf das neue Bargeld eine gewaltige logistische Leistung, die Einkommen schafft. Automaten müssen umgestellt werden, neue Software muss installiert, Noten und Münzen müssen transportiert, gelagert, bewacht, versichert werden, Banken und Handel müssen neben ihrer eigentlichen Tätigkeit die Umstellung bewerkstelligen, etc.

Zum dritten – und das wirkt negativ – geht ein Teil der Kaufkraft dadurch verloren, dass die Preise Euro bedingt steigen.

Insgesamt ist die Euro bargeld-Umstellung damit ein erhebliches Konjunkturprogramm, das vor allem im dritten und vierten Quartal dieses Jahres wirksam wird. Die Größenordnung könnte sich nach unseren Schätzungen auf über 10 Mrd. DM belaufen. Allerdings handelt es sich dabei nicht um einen dauerhaften Impuls. Im Übrigen reicht er wohl nicht aus, um die Konjunkturabkühlung nach dem 11. September zu kompensieren. Im ersten Quartal des nächsten Jahres muss eher mit negativen Wirkungen gerechnet werden.

Was den Wechselkurs des Euro betrifft, so sind hier sehr unterschiedliche Kräfte am Werk. Vor dem 1. Januar wird der Euro durch die positiven Konjunkturreffekte und die eher restriktivere Geldpolitik der Zentralbank tendenziell gestärkt, dagegen durch die negativen Preiseffekte und die Unsicherheit im Zusammenhang dem Gelingen der logistischen Aufgabe geschwächt. Per Saldo dürften die negativen Faktoren überwiegen. Nach dem Jahresbeginn kommen dann die Erleichterung über das Gelingen des Übergangs, die erste Erfahrung, dass der Euro wirklich auch ein Geld zum Anfassen ist und die positiven Wirkungen der Euro bedingten Preissenkungen. Andererseits entfallen in dieser Zeit die positiven Konjunkturwirkungen.

Freilich sollten die Erwartungen in diese Effekte nicht zu hoch geschraubt werden; die Euro bargeld-Einführung ist nur ein Faktor unter mehreren, die den Wechselkurs beeinflussen,

und angesichts der veränderten weltwirtschaftlichen Situation sicher nicht der wichtigste.

### Welche Optionen hat die Politik?

Wird die Euro bargeld-Einführung den Euro nun also stabilisieren oder nicht? Eine eindeutige Antwort ist nach der Analyse der Wirkungen auf Geldmenge, Preise, Konjunktur und Wechselkurs nicht möglich. Es gibt Wirkungen in der einen Richtung, und es gibt Wirkungen in der anderen Richtung. Das überrascht angesichts der Komplexität der einzelnen Effekte nicht.

Was dabei aber nicht berücksichtigt ist, ist die Reaktion der Wirtschafts- und Währungspolitik auf die Euro bargeld-Einführung. In der Tat glaube ich, dass hier die eigentliche Antwort auf die Ausgangsfrage liegt. Die Politik wird darüber oder zumindest mit darüber entscheiden, ob sich Preiserhöhungs- oder Preissenkungstendenzen durchsetzen, und von ihr wird es abhängen, wie der Wechselkurs reagiert. In den letzten Jahren sind die Wechselkurse über die ökonomischen Faktoren hinaus sehr stark politisiert worden. Für die anhaltende Stärke des US-Dollar zum Beispiel war nicht nur die Attraktivität der amerikanischen Wirtschaft verantwortlich, sondern auch die unangefochten starke Position der amerikanischen Politik in der Welt und die Politik des »starken Dollar«.

Welche Optionen hat die Politik? Bis vor kurzem war die Option für die Geldpolitik relativ einfach. Sie stand vor der Frage, den Forderungen nach Zinssenkungen zur Förderung der Konjunktur nachzugeben oder sich ihnen zu widersetzen und das Signal zu geben, dass sie die Preiserhöhungsgefahren ernst nimmt und daher trotz schwacher Konjunktur die Zinsen nicht senkt. Eine Zinssenkung hätte per Saldo sicher nicht zu einer Stabilisierung des Euro beigetragen. Sie wäre als Signal interpretiert worden, dass der EZB die Konjunktur wichtiger ist als die Stabilität, was internationale Investoren eher verunsichert. Auch für die Gewerkschaften wäre dies eine Einladung gewesen, die Eurobedingten Preissteigerungen in die Lohnforderungen zu integrieren, weil sie ja offenbar auch von der Zentralbank als nicht so gravierend angesehen wird.

Nach den Ereignissen vom 11. September sieht die Situation anders aus. Das Thema Stabilisierung des Euro ist auch für die Geldpolitik zugunsten einer Stabilisierung der Finanzmärkte und der Konjunktur in den Hintergrund getreten, zumal sich die schwächere Konjunktur positiv auf die Preise auswirkt.

Für die allgemeine Wirtschaftspolitik gilt: Die Preisbewegungen am Markt kann sie kaum beeinflussen. Zum einen ist das meiste schon geschehen, so dass alle Maßnahmen

und Maßhalte-Appelle zu spät kommen. Zum anderen ist es immer gefährlich, wenn Regierungen in den allgemeinen Preisbildungsprozess eingreifen. In den Niederlanden hat man eine Webseite eingerichtet, auf der Bürger über missbräuchliche Preiserhöhungen berichten können. Die Holländer haben auch einen sog. »euro-plume« geschaffen, mit dem Unternehmen honoriert werden, die die Preise im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung nicht erhöhen, sondern senken. Ob all das viel hilft, bleibt dahingestellt.

Was die Regierungen aber tun können und was der Stabilisierung auch wirklich helfen könnte, wäre ein Commitment für die neue Währung. Es ist ein großes Manko des Euro, dass er eingeführt wird, ohne dass sich die Regierungen wirklich darum kümmern. Sie handeln nach der Devise, es reiche, die institutionellen Voraussetzungen zu schaffen, alles andere werde dann schon der Markt und die Bürger machen. Das mag in vielen Fällen sinnvoll sein. Im Falle des Euro führt es jedoch dazu, dass sich die Bürger mit der neuen Währung allein gelassen sehen, daher auch wenig Vertrauen haben und dass umgekehrt die internationalen Investoren sich sagen: Wenn schon die europäischen Regierungen kein Commitment für die neue Währung zeigen, warum sollen wir?

Entscheidend für die Stabilität des Euro in der Zeit der Bargeldumstellung ist also, dass die Regierungen ihre Entschlossenheit deutlich machen, die neue Währung zu einem stabilen, Vertrauen verdienenden Geld zu machen, und dass sie den Menschen die Sicherheit geben, dass sie sich auf die Stabilität verlassen können. Das hilft, die inländische Stabilität zu wahren und gibt den internationalen Investoren die Gewissheit, dass sie in eine Währung investieren, deren Schwankungen nicht beliebig groß sein können.

Die Antwort auf die Frage, ob die Einführung des Euro bargeldes die neue europäische Währung stabilisiert, lautet also: Ja, es besteht eine große Chance, dass dies wirklich passiert, es wird aber nur dann geschehen, wenn die Wirtschafts- und Währungspolitik die notwendigen Konsequenzen zieht.



Wolfgang Nierhaus\*

### Treibt die Einführung des Euro-Bargelds die Verbraucherpreise?<sup>1</sup>

Im Jahr 2002 wird das Euro-Bargeld in den zwölf Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion und damit auch in Deutschland eingeführt. Vielfach wird befürchtet, dass es im Vorfeld bzw. spätestens bei der Bargeld-Einführung zu »verdeckten Preiserhöhungen« kommt. Dies gelte etwa für das Preisgebaren des Einzelhandels oder auch der öffentlichen Hand.

Für den Einzelhandel wird diese Befürchtung damit begründet, dass auf D-Mark lautende Schwellenpreise nicht automatisch Euro-Schwellenpreise seien.<sup>2</sup> Diese ergeben sich im Allgemeinen erst durch entsprechende Zu- oder Abschläge. So führt ein DM-Schwellenpreis von 0,99 bei einem amtlichen Umrechnungskurs von 1,95583 D-Mark je Euro zu einem Euro-Preis von 0,51, der erst nach Absenkung auf 0,49 Euro bzw. durch Anhebung auf 0,55 Euro zu einem neuen Schwellenpreis im Handel wird. Im ersten Fall wäre der Preis um 3,9% gesunken, im zweiten Fall aber um 7,8% gestiegen. Welche neuen Schwellenpreise sich letztlich einstellen, ist derzeit noch offen.

Gegen eine allgemeine »Aufrundung« der Schwellenpreise zuungunsten der Verbraucher spricht zunächst die seit Jahren hohe Wettbewerbsintensität im Einzelhandel. So stiegen bei der letzten Mehrwertsteuererhöhung im Frühjahr 1998, bei der ebenfalls viele Schwellenpreise anzupassen waren, die Verbraucherpreise sogar weniger stark, als es dem rechnerischen Steuereffekt auf das Preisniveau entsprochen hätte.

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bereiches Konjunktur und Finanzmärkte des ifo Instituts.

<sup>1</sup> Erweiterter und aktualisierter Auszug aus der Konjunkturanalyse des ifo Instituts vom 26. Juli 2001 (Leibfritz, Nierhaus und Meister 2001).

<sup>2</sup> Schwellenpreise sind Preise, die optisch niedriger wirken, als sie in Wirklichkeit sind.

te.<sup>3</sup> Zudem sind bereits heute in vielen Geschäften die Preise sowohl in D-Mark als auch in Euro ausgezeichnet, was Preistransparenz gewährleistet. Nach einer bundesweiten DIHT-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern vom Frühjahr zeichnen immerhin 70% der Einzelhandelsunternehmen im laufenden Jahr zumindest einen Teil ihres Produktsortiments zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen DM-Preisen auch in Euro-Preisen aus, wobei in den neuen Bundesländern auf Euro lautende Preisangaben weniger verbreitet sind als im Durchschnitt des Bundesgebietes.<sup>4</sup> Auch haben sich die Handelsunternehmen auf europäischer Ebene verpflichtet, die Umstellung auf den Euro nicht zu versteckten Preiserhöhungen zu nützen, was allerdings noch keine Garantie ist, dass dies auch unterbleiben wird. Schließlich ergibt sich bei allen Preisen, die aus technischen Gründen – wie z.B. beim Automatengeschäft – nur im Verhältnis zwei zu eins umgestellt werden können, im Gefolge der Euro-Einführung eine Preissenkung von 2,2%.

Nun zu den empirischen Fakten: Seit einigen Wochen beobachtet das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Bundesbank die Preisdynamik in Deutschland im Gefolge der Umstellung von DM- auf Euro-Preise (Statistisches Bundesamt 2001). Hierzu werden laufend 18 000 Preisreihen von Produkten des täglichen Bedarfs analysiert, die üblicherweise zu Schwellenpreisen angeboten werden. Die bisher vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass der Einzelhandel nur vereinzelt auf neue Euro-Schwellenpreise umgestellt hat. Ein hieraus resultierender signifikanter Einfluss auf die Güterpreisentwicklung konnte bis jetzt nicht nachgewiesen werden. Im ersten Halbjahr 2001 wurden beispielsweise bei knapp 1 000 Nudelprodukten 90 Preisänderungen registriert, lediglich 3% davon waren Euro-induziert. Der Einfluss dieser Preisänderungen auf den Einzelindex Nudeln, der in diesem Zeitraum um 2,7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, betrug zwischen 0,1 und 0,2 Prozentpunkten.

Nicht von der Hand zu weisen ist freilich ein anderes – im Zusammenhang mit den hohen Inflationsraten der Monate April bis Juni vorgebrachtes – Argument, vorausschauende Unternehmen hätten bereits in den Frühjahrsmonaten die DM-Preise so kräftig erhöht, dass später selbst bei einer ver-

<sup>3</sup> Zum 1. April 1998 ist der Normalsatz der Mehrwertsteuer von 15 auf 16% heraufgesetzt worden. Das Statistische Bundesamt hatte den hierdurch ausgelösten Effekt auf die Verbraucherpreise auf 0,5 Prozentpunkte veranschlagt. Tatsächlich erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte vom ersten Quartal zum zweiten Quartal 1998 saisonbereinigt nur um 0,3%.

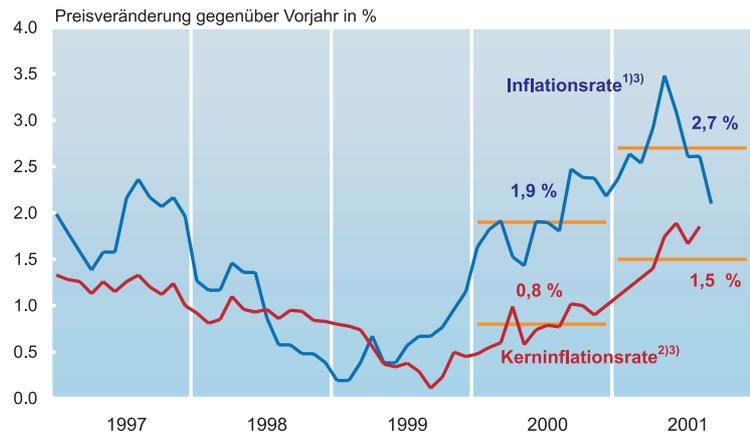
<sup>4</sup> Knapp 40% der bundesweit befragten Einzelhandelsunternehmen zeichnen im laufenden Jahr die Preise aller Produkte sowohl in D-Mark als auch in Euro aus, weitere 31% nehmen für einen Teil ihres Sortiments eine doppelte Preisauszeichnung vor. Beim Kreditgewerbe zeichnen 90% der befragten Unternehmen ihre Preise und Gebühren zumindest teilweise auch in Euro aus (komplett doppelte Preisauszeichnung: 60%). Im Versicherungsgewerbe zeichnen rund drei Viertel aller befragten Unternehmen ihre Preise zumindest zum Teil in Euro aus (komplett doppelte Preisauszeichnung: 35%) (DIHT 2001, S. 2ff.).

braucherfreundlichen Abrundung auf neue Euro-Schwellenpreise immer noch ein Plus in den Kassen verbleibt. Wird beispielsweise für ein Produkt der Preis von 1,59 DM (= 0,81 Euro) auf 1,89 DM (= 0,97 Euro) heraufgesetzt, so kann zum Zeitpunkt der Euro-Bargeldeinführung auf 0,95 Euro oder »besonders großzügig« sogar auf 0,89 Euro abgerundet werden, ohne dass es zu Einbußen bei den Gewinnspannen kommt. Ein derartiges Preisgeben mag es in den vergangenen Monaten hier und da tatsächlich gegeben haben, allerdings gibt es empirisch keine Möglichkeit, zwischen derartigen »Vorschatteneffekten« der Euro-Umstellung und anderen Gründen für Preiserhöhungen (z.B. Energievertteuerung) zu unterscheiden.

So sind in diesem Frühjahr Milch und Molkereiprodukte (einschließlich Eier) besonders teuer geworden; im August lagen die Preise dieser Gütergruppe um 7,8% über dem vergleichbaren Vorjahresniveau. Im Januar hatte die Preissteigerungsrate dagegen noch 0,5% betragen. Nach Verlautbarungen des Milchindustrie-Verbandes sind die Preisanhebungen einmal durch die hohen Milchpreisforderungen der Landwirtschaft verursacht worden. Hinzugekommen sei eine wegen der BSE-Krise deutlich gestiegene Nachfrage nach Molkereiprodukten (Substitution von Wurst durch Käse); außerdem hätten die Auslandsbestellungen nicht zuletzt im Gefolge der Euro-Schwäche deutlich angezogen. Zudem seien Kostensteigerungen der Verpackungslieferanten und des Transport- und Logistikgewerbes weitergegeben worden. Schließlich habe der Handel die in diesem Gütersegment unbefriedigend niedrigen Erlösmargen verbessert.<sup>5</sup> Die Schwellenpreisproblematik im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung dürfte in dieser Gemengelage wohl nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

Das ifo Institut führt jedenfalls die im laufenden Jahr auch in Deutschland deutlich gestiegene Kerninflationsrate<sup>6</sup> – sie erhöhte sich von 0,8% im Jahresdurchschnitt 2000 auf 1,9% im August 2001 (vgl. Abb.) – primär auf die stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise im Zusammenhang mit den Tierseuchen BSE und MKS zurück. Der hiervon be-

**Inflation und Kerninflation in Deutschland**



1) Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte.- 2) Preisindex ohne Saisonwaren, ohne Heizöl, Kraftstoffe und Gas, sowie ohne Güter und Dienstleistungen mit administrierten Preisen.- 3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr im Jahresdurchschnitt in %; 2001: geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

troffene Lebensmittelhandel konnte offenbar auf breiter Front die höheren Einstandspreise an die Verbraucher weitergeben. Im August 2001 lag der Preisindex für Nahrungsmittel (ohne Saisonwaren) um 6,3% über dem vergleichbaren Vorjahresniveau; im Jahresdurchschnitt 2000 war hingegen bei diesem Gütersegment noch ein leichter Preisrückgang zu verzeichnen (vgl. Tab.). Hinzu kamen noch weitere Durchwälzungseffekte im Gefolge der Euro-Schwäche und der hohen Energiepreise. So sind die Einfuhrpreise im vergangenen Jahr immerhin um 11,2% gestiegen, die Erzeugerpreise erhöhten sich um 3,4% und die Großhandelsverkaufspreise um 5,5%. Der außerordentlich starke Preisschub auf den vorgelagerten Stufen ist inzwischen bei den Verbrauchern angekommen; die Gütergruppe »andere Waren und Dienste« verteuerte sich zuletzt um 1,3% (Jahresdurchschnitt 2000: 0,9%). Bei den Gütern und Dienstleistungen der übrigen Lebenshaltung (Nicht-Kerninflation), für die im August durchschnittlich 4,5% mehr als vor einem Jahr aufzuwenden war, schlug insbesondere der starke Preisanstieg bei Saisonwaren (Fisch, Obst und Gemüse), Strom, Gas sowie Fernwärme zu Buche, außerdem erhöhten sich die Beiträge für die private Krankenversicherung und die Kraftfahrzeugsteuer kräftig. Aus welchen Gründen auch immer Verbraucherpreise im bisherigen Jahresverlauf angehoben wurden, es ist jedenfalls aus meiner Sicht nicht richtig, dies zu einem beträchtlichen Teil der bevorstehenden Euro-Bargeldeinführung zuzurechnen.

Was das Gebaren der öffentlichen Hand anbetrifft, so sind hier naturgemäß eine Vielzahl von »Signalbeträgen«, wie Steuerfreibeträge, Ordnungsgelder, Gebührenordnungen oder Gerichtszugangsgrenzen von normalerweise »glatten« DM-Beträgen auf Euro-Beträge umzustellen (AS WWU 2001). Dies betrifft auch die Gebühren und Preise von kommunalen Dienstleistungen (z.B. Fahrpreise für städtische Verkehrsbe-

<sup>5</sup> Dem (europaweiten) Preisauftrieb wird inzwischen seitens der EG-Kommission durch Kürzungen von Beihilfen und Ausfuhrerstattungen entgegengewirkt. Vgl. Milchindustrie-Verband, verschiedene Pressemitteilungen und Kurzmeldungen aus dem Jahr 2001.

<sup>6</sup> Die Kerninflationsrate misst in Abgrenzung des ifo Instituts die Veränderung der Lebenshaltungskosten ohne Energieträger, Saisonwaren und Güter mit staatlich administrierten Preisen. Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

**Preisindex für die Lebenshaltung<sup>a)</sup>**

	Wägungs- schema in Promille	1998	1999	2000	2001 August
		Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
<b>Kerninflation<sup>b)</sup></b>	<b>729,32</b>	<b>0,9</b>	<b>0,5</b>	<b>0,8</b>	<b>1,9</b>
darunter:					
Nahrungsmittel ohne Saisonwaren	86,01	0,5	-1,2	-0,4	6,3
darunter:					
Fleisch, Fleischwaren	29,43	-0,1	-2,7	0,1	9,2
Molkereiprodukte, Eier	16,81	-0,1	-1,3	-1,4	7,8
Andere Waren und Dienste	643,31	1,0	0,7	0,9	1,3
<b>Übrige Lebenshaltung</b>	<b>270,68</b>	<b>1,0</b>	<b>0,9</b>	<b>5,0</b>	<b>4,5</b>
davon:					
Saisonwaren	27,12	2,2	-0,7	-0,5	6,2
Fische, Fischwaren	5,19	4,5	2,6	1,1	6,4
Obst	9,95	3,0	-3,3	-1,2	9,5
Gemüse	11,98	0,3	0,0	-0,7	3,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	49,13	-5,6	6,4	22,9	3,1
Heizöl	5,87	-17,0	19,5	53,4	-2,1
Kraftstoffe	32,30	-5,1	7,0	18,9	-0,6
Gas	10,96	0,1	-2,2	16,3	19,2
Güter mit administrierten Preisen	194,43	2,5	-0,3	1,2	4,7
darunter:					
Strom	25,84	1,3	3,9	-4,8	4,6
Umlagen für Fernwärme u.ä.	11,41	-2,4	-4,7	20,7	23,9
Telefondienstleistungen	18,57	-1,3	-11,4	-4,9	-3,0
Beiträge zur Krankenversicherung	5,10	4,4	3,4	4,2	5,9
Kraftfahrzeugsteuer	6,42	9,1	6,7	2,3	29,1
<b>Lebenshaltung insgesamt</b>	<b>1000,00</b>	<b>1,0</b>	<b>0,6</b>	<b>1,9</b>	<b>2,6</b>
davon: <sup>c)</sup>					
<b>Kerninflation</b>	-	0,7	0,3	0,6	1,3
<b>Übrige Lebenshaltung</b>	-	0,3	0,2	1,4	1,3
Saisonwaren	-	0,1	0,0	0,0	0,2
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0,3	0,3	1,2	0,2
Güter mit administrierten Preisen	-	0,5	0,0	0,2	0,9

a) Alle privaten Haushalte, 1995 = 100.

b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.

c) Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Gesamtindex der Lebenshaltung in Prozentpunkten. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

triebe). Die Umstellung kann zum einen mit dem amtlichen Umrechnungsfaktor erfolgen, so dass man auf Euro-Basis neue »krumme« Beträge erhält, zum anderen können sich aber durch Neufestsetzung (»Glättung«) neue »runde« Euro-Beträge ergeben. Im Bereich der Bundesministerien sind inzwischen dazu sog. Artikelgesetze auf den Weg gebracht worden, welche die Umstellungsmodalitäten im Einzelnen regeln. Beispielsweise werden mit dem Gesetz zur Umrechnung und Glättung steuerlicher Euro-Beträge vom 19. Dezember 2000 (Steuer-Euroglättungsgesetz) die in den einzelnen Steuergesetzen und Verordnungen enthaltenen DM-Beträge auf den Euro umgestellt. Die Neufestsetzung erfolgt in wesentlichen Punkten zugunsten des Steuerpflichtigen. Zum Beispiel wurde der bisherige Sparerfreibetrag in Höhe von 3 000/6 000 DM nicht auf 1 533,88/3 067,75 Euro umgestellt, sondern auf 1 550/3 100 Euro. Dies führt zwar nicht zu geringeren Verbraucherpreisen, vermindert aber die Steuerbelastung der Bürger, was auf die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte den gleichen Effekt hat wie eine Preissenkung. In der Summe werden die Steuerzahler durch das Steuer-Euroglättungsgesetz um reichlich 350 Mill. DM im Jahr entlastet.

Auch die Bundesländer haben inzwischen Umstellungsgesetze verabschiedet. Dabei wurde nach dem Grundsatz verfahren, durch eine Mischung von Entlastung und Belastung für den Bürger und die öffentliche Hand eine kostenneutrale Regelung zu schaffen. Das Gleiche gilt für das Preisgebaren der kommunalen Verwaltungen. Sofern eine Umstellung im Verhältnis 2:1 gewählt wurde, resultiert für die privaten Haushalte und Unternehmen auch hier eine leichte Entlastung durch die Euro-Einführung in Höhe von 2,2%.<sup>7</sup>

Als Fazit aus diesen Überlegungen ergibt sich: Die bevorstehende Einführung des Euro-Bargelds dürfte bis jetzt zu keinen größeren zusätzlichen Belastungen für die Verbraucherbudgets geführt haben. Wie dargelegt, können die bisher zu verzeichnenden Preissteigerungen recht gut durch andere Faktoren erklärt werden. Der Euro-Umstellung lässt sich – wenn überhaupt – vermutlich nur ein geringer Teil zurechnen. Auch in den nächsten Monaten und Anfang 2002 werden aller Voraussicht nach von der Euro-Einführung keine gravierenden Inflationimpulse ausgehen. Generelle Aufrundungen der zukünftigen Euro-Preise zu Lasten der Verbraucher, wie etwa bei der Deutschen Bahn vorgesehen<sup>8</sup>, dürften angesichts der insgesamt verhaltenen Verbrauchskonjunktur und der im Einzelhandel

herrschenden hohen Wettbewerbsintensität die Ausnahme sein. Preisaufrundungen und -abrundungen werden sich vielmehr in etwa die Waage halten, bei manchen Unternehmen nicht zuletzt auch aus Marketinggründen.<sup>9</sup> Zudem ist zu berücksichtigen, dass allfällige Umstellungskosten des Handels steuerlich absetzbar sind.

Sofern die Lohnpolitik weiter moderaten Kurs hält und es nicht zu nachhaltig höheren Energie- und Kraftstoffpreisen im Gefolge des Terror-Angriffs auf die USA kommt, dürfte die weitere Entwicklung der gesamten Lebenshaltungskosten in Deutschland selbst unter Berücksichtigung der beabsichtigten Erhöhung der Versicherungs- und Ta-

<sup>7</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang etwa die Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 21./22. Juli 2001.

<sup>8</sup> Die Gewinne aus der Aufrundung sollen nach Verlautbarungen der Deutschen Bahn AG für einen wohltätigen Zweck bereitgestellt werden. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 16. August 2001.

<sup>9</sup> Das Unternehmen C&A plant z.B., die Euro-Umstellung zumindest über das gesamte Warensortiment hinweg nicht zu Preiserhöhungen zu nutzen. Das Einrichtungshaus IKEA senkt sogar in nahezu allen Fällen die Katalog-Preise mit der Währungsumstellung auf den Euro (Becker 2001; IKEA Pressemitteilung vom 21. August 2001).

baksteuer günstig bleiben.<sup>10</sup> Zeitungsberichten zufolge planen die großen deutschen Handelskonzerne nach der Anschlagserie in den USA aktuell keine Preiserhöhungen. Auch preistreibende Hamsterkäufe von Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern werden zurzeit nicht beobachtet.<sup>11</sup> Auf jeden Fall werden sich aber hier und da versteckte »Preisbuckel« nach der Einführung des Euro-Bargelds aufgrund der dann erhöhten Preistransparenz im gesamten Euro-Raum rasch zurückbilden.

Abgeschlossen am 24. September 2001

## Literatur

- AS WWU (2001), *Die Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung*, Fünfter Bericht des Arbeitsstabes Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (AS WWU) vom 20. Juni 2001, Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de/infos/eurogeld1/5/aswwwbericht.pdf>.
- Becker, L. (2001), »Zwischen heiler D-Mark-Welt und glatten Euro-Beträgen«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. August.
- Deutscher Industrie- und Handelstag (2001), *Europäische Währungsunion vor der Einführung des Euro-Bargelds*, Ergebnisse einer DIHT-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr, Berlin.
- IKEA Pressemitteilung vom 21. August 2001.
- Leibfritz, W., W. Nierhaus und W. Meister (2001), »Wirtschaftsperspektiven 2001/2002 und Entwicklung in Ostdeutschland«, Internet: <http://www.ifo.de/orcl/owai/kprog-260701-lang.pdf>.
- O.V. (2001), »Dank Euro: Falsches Parken wird billiger«, *Süddeutsche Zeitung* vom 21./22. Juli.
- O.V. (2001), »Bahn rundet Fahrpreise auf«, *Süddeutsche Zeitung* vom 16. August.
- O.V. (2001), »Handel plant keine höheren Preise«, *Süddeutsche Zeitung* vom 20. September.
- Statistisches Bundesamt (2001a), »Bisher kein nennenswerter Effekt der Euro-Umstellung auf das Preisniveau beobachtet«, *Mitteilung für die Presse*, 5. September.
- Statistisches Bundesamt (2001b), »Auswirkungen der angekündigten Steuererhöhungen auf den Preisindex für die Lebenshaltung«, *Mitteilung für die Presse*, 20. September.

<sup>10</sup> Nach den Anschlägen in den USA hat die Bundesregierung kurzfristig ein »Anti-Terror-Paket« beschlossen; sie will im kommenden Jahr 3 Mrd. DM in die Verbesserung der inneren Sicherheit investieren. Finanziert werden soll das Programm durch eine Erhöhung der Versicherungsteuer um 1 Prozentpunkt und eine Anhebung der Tabaksteuer um 2 Cent oder knapp 4 Pfennig pro Zigarette zum 1. Januar 2002. Das Geld kommt u.a. der Bundeswehr, den Nachrichtendiensten und dem Bundesgrenzschutz zugute. Die Inflationsrate wird sich durch diese Maßnahmen nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Jahresdurchschnitt 2002 um ca. 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte erhöhen (Statistisches Bundesamt 2001b).

<sup>11</sup> Vgl. hierzu *Süddeutsche Zeitung*, 20. September 2001.